



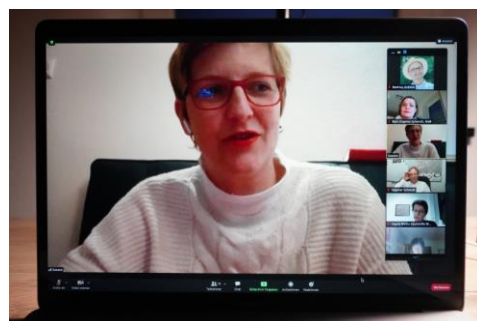
#dieschmidt

der newsletter

05.03.2021

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

was brauchen Kinder in der Zeit der Pandemie und danach. Mit dieser Frage haben wir uns in dieser Woche stark beschäftigt. Mit Saskia Esken und Wolfgang Schuster habe ich am vergangenen Samstag eingeladen, um über die Digitalisierung an unseren Schulen zu diskutieren, die den notwendigen Distanzunterricht überhaupt erst möglich macht. Mit der kinderpolitischen Sprecherin der SPD, Susann Rüttrich, Oberbürgermeister Manfred Wagner und vielen Menschen aus der Praxis vor Ort haben wir am Mittwoch darüber gesprochen, was wir für Kinder jetzt und nach der Pandemie tun müssen. Für uns ist klar: Kinderrechte gehören ins Grundgesetz und wir werden weiterhin für eine Kindergrundsicherung stark machen, damit kein Kind mehr in Armut aufwachsen muss und der Bildungserfolg nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt.



Wir haben in dieser Woche die Feststellung der epidemischen Lage nationaler Tragweite erneut verlängert. Die Pandemie stellt uns weiterhin vor große Herausforderungen. Deshalb ist es gut und richtig, dass mit den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz vom späten Mittwochabend zum ersten Mal ein Plan für Lockerungen vorgestellt wurde. Leider lässt eine verlässliche Teststrategie weiterhin auf sich warten. Ab April sollen alle Menschen einmal pro Woche kostenfrei getestet werden können, das ist ein längst überfälliger Schritt der jetzt auch so schnell wie möglich umgesetzt werden muss. Denn Impfungen und Testungen sind unser Weg aus der Krise. [\(Hier geht es zum Stufenplan\)](#)

In der kommenden Woche haben wir gleich zwei spannende digitale Veranstaltungen: Am Montag hab ich den zuständigen Berichterstatter zum Betriebsrätestärkungsgesetz Bernd Rützel, MdB, eingeladen, um mit den Betriebsräten und Gewerkschaften vor Ort zu diskutieren. Für uns ist klar: gute Arbeitsbedingungen gibt es nur mit starken Betriebsräten. Am Dienstag um 18 Uhr gibt es die Gelegenheit mit Karl Lauterbach, MdB, und Landrat Wolfgang Schuster über gute Gesundheitsversorgung vor Ort und wie sich die Anforderungen an unser Gesundheitssystem durch die Pandemie verändert haben, zu sprechen. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen teilzunehmen und [sich hier anzumelden](#).

Zum Schluss noch ein wichtiger Hinweis: Am Sonntag in einer Woche sind Kommunalwahlen in Hessen. Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kandidieren in den Städten und Gemeinden, um das Leben vor Ort besser zu machen. In Wetzlar tritt mit Manfred Wagner ein erfolgreicher Oberbürgermeister für eine zweite Amtszeit an. **Beantragt Briefwahl oder geht wählen: mindestens demokratisch, am besten sozialdemokratisch.**

Mit solidarischen Grüßen
Dagmar Schmidt, MdB

Für moderne Digitalisierung an Schulen



Durch den Distanzunterricht und das Homeschooling sind digitale Methoden an Schulen aktuell geforderter denn je. Der Nationale Bildungsbericht, der alle zwei Jahre veröffentlicht wird, hat genau das gezeigt, was zu befürchten war: Die Digitalisierung an Schulen hinkt in Deutschland noch stark hinterher. Deshalb haben wir in den letzten Monaten einiges auf den Weg gebracht: Lehrerinnen und Lehrer erhalten einen Laptop oder ein Tablet gestellt. Leider ist es immer noch so, dass der Bildungserfolg in unserem Bildungssystem oft von der sozialen Lage des Elternhauses abhängt. Die Pandemie hat dies nochmal verstärkt. Deshalb stellen wir jetzt wenigstens allen Kindern, deren Eltern sich kein digitales Endgerät leisten können, dieses über das Jobcenter zur Verfügung. Für uns ist klar: Wir brauchen eine grundsätzliche Reform unseres Bildungssystems,

die allen Kindern nutzt.

Gegen Bilanzmanipulationen



Der Skandal um die gefälschte Bilanz des Dax-Konzerns Wirecard hat im letzten Jahr für große Aufregung gesorgt und das Vertrauen in den deutschen Finanzmarkt nachhaltig geschädigt. Wir haben deshalb in dieser Woche in erster Lesung ein Gesetz beraten, das die Kontroll- und Prüfungsfunktionen sowie die Aufsichtsstrukturen stärkt. Deshalb bekommt die BaFin zusätzliche Befugnisse, damit sie bei Verdacht auf Bilanzmanipulationen direkt und unmittelbar handeln kann. Strengere Regeln gelten auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BaFin, denen der Handel mit bestimmten Finanzinstrumenten untersagt wird. Was für uns besonders wichtig ist: Strengere Regeln für Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer, um die Unabhängigkeit zu gewährleisten und Interessenskonflikte zu vermeiden.

Für besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen im Netz



Für nahezu alle Kinder und Jugendlichen ist das Internet ein fester Bestandteil ihres Lebens geworden. Dies war schon vorher so und wurde durch die Pandemie noch verstärkt. Durch die Veränderungen, die in der digitalen Welt sehr schnelllebig sind, steigen auch die Risiken, die diese Medien mit sich bringen. Davor müssen Kinder und Jugendliche besonders geschützt werden: vor Mobbing, sexualisierter Gewalt, Hassnachrichten oder finanzieller Abzocke. Deswegen haben wir in dieser Woche ein Gesetz beschlossen, dass Kinder und Jugendliche bei Spielen oder in sozialen Netzwerken von Fremden nicht mehr einfach so gefunden werden können. Zudem bekommen Eltern und Pädagoginnen und Pädagogen eine klare Orientierungshilfe mit aussagekräftigen Alterskennzeichen, damit gefährdende Inhalte sofort erkannt werden können. Hierzu entwickeln

wir die bisherige Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien weiter zu einer Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz, die bei Verstößen gegen Inhalte vorgehen und im schlimmsten Fall Bußgelder verhängen kann.

Für klare Regeln für soziale Mobilität



Wir machen nicht das Auto schlecht, sondern die Alternativen stark. Denn nur wenn wir attraktive Angebote schaffen, kann die Mobilitätswende gelingen. Mobilität muss möglichst flexibel für alle Menschen da sein. Deshalb haben wir nach jahrelangen Verhandlungen in dieser Woche das Personenbeförderungsgesetz modernisiert. Neu Angebote, wie beispielsweise Uber, werden künftig genehmigungspflichtig, damit die Kommunen die Einhaltung der Regeln besser nachverfolgen können. Zusätzlich dürfen Kommunen in Zukunft im Mietwagengewerbe Sozialstandards definieren, wie zum Beispiel Regelungen zu Arbeitszeiten oder Lohnvorgaben. Wir regeln den Wettbewerb zwischen Taxis, Mietwagen und Carsharing-Anbietern fair, indem wir diese Verkehrsarten eindeutig voneinander abgrenzen. Für uns war zudem wichtig, dass

Städte und Gemeinden Bedingungen bestimmen können, unter denen Mobilitätsdienstleister in ihrem Gebiet agieren.

Für mehr Selbstbestimmung im Vormundschafts- und Betreuungsrecht



Viele Menschen, die auf eine Betreuungsperson oder einen Vormund angewiesen sind, sehnen sich nach mehr Selbstbestimmung. Wir haben deshalb in dieser Woche die Selbstbestimmung gestärkt und stellen die zu betreuenden Personen in den Mittelpunkt. In Zukunft sollen die Personen stärker unterstützt werden. Zum Beispiel bei Fragen von ärztlichen Behandlungen oder der Frage für was das eigene Geld ausgegeben werden soll. Die Stellvertretung darf nur dann wahrgenommen werden, wenn es erforderlich ist. Zudem haben wir eine Änderung der Sterilisationsregelung durchgesetzt. Denn diese Regelung wurde in der Vergangenheit vor allem von Behindertenverbänden zu Recht kritisiert. In Zukunft reicht es nicht mehr aus, dass eine betreute Person der Sterilisation nicht widerspricht. Die betroffene Person muss in Zukunft mit

ihrem Willen explizit der Sterilisation zustimmen. Zukünftig reicht eine Behinderung nicht mehr aus, ein Kind von seiner Mutter zu trennen. Außerdem wird im Falle einer Betreuung die bestmögliche Betreuung gewährleistet, indem wir die Arbeit der Betreuungsvereine und die Rechte von Pflegeeltern stärken.